



Rahmenvereinbarung

Regionale Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe für die Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit besonders herausforderndem Verhalten

Präambel

In der Rahmenvereinbarung verständigen sich die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) und die Bezirke auf Grundlagen für den Abschluss von regionalen Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe. Die Kooperationspartner haben sich auf die Ziele, auf die Arbeitsweisen sowie mit Blick auf die jeweiligen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten auf die gemeinsamen Aufgaben und Leistungen sowie auf die Grundlagen der Finanzierungsmodalitäten für vernetzte Angebote verständigt, die in den Hamburger Bezirken entstehen sollen. Erreicht werden sollen mit diesen Angeboten zwischen 300 bis 400 Kinder und Jugendliche mit besonders herausforderndem Verhalten. Sie sollen durch partnerschaftliches und abgestimmtes Handeln zwischen Schule und Jugendhilfe vor Ort gestärkt und zum Verbleib in der Schule gestützt werden. Die Schulen sollen durch die systematische Vernetzung gestärkt, ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung, insbesondere Unterbringungen in Heimen außerhalb Hamburgs soll vorgebeugt werden.

Beide Systeme haben den wechselseitigen Nutzen einer Kooperation erkannt und vielerorts bereits gemeinsame Konzepte zur Zusammenarbeit entwickelt. Aufbauend auf die zahlreichen in Hamburg entwickelten Kooperationsprojekte sollen mit der Vereinbarung die Zusammenarbeit beider Systeme und die Verzahnung der Angebote neu akzentuiert werden sowie die Rahmenbedingungen zur Finanzierung der gemeinsamen Leistungen auf eine neue Basis gestellt werden.

Das besondere Ziel ist es, Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen, insbesondere auch aus Risikofamilien¹ durch Kooperationen zu fördern und ihnen eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

1. Kooperationspartner

Kooperationspartner dieser Vereinbarung sind die BSB, die BASFI und die Bezirksämter. Sie stimmen darüber überein, dass regionale Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe zur Verbesserung von Bildungsabschlüssen und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit besonders herausforderndem Verhalten beitragen.

Folgende regionale Stellen kooperieren miteinander:

¹ Empirisch belegte Risikofaktoren einer Familie: Belastete Biografie der Eltern (Gewalterfahrung, eigene Vernachlässigung, Beziehungsabbrüche), Partnerschaftsgewalt; Psychische Probleme der Eltern (Sucht, Depression); Fehlendes Erziehungswissen, unrealistische Erwartungen an das Kind; Merkmale des Kindes: Behinderung, schwieriges Temperament; Isolation, Gefühle von Überlastung; Merkmale der familialen Lebenswelt: Armut, Alleinerziehen, kinderreiche Familie

- die im Einzugsgebiet zuständige ASD-Abteilung der Fachämter für Jugend- und Familienhilfe
- die allgemeinen Schulen der Region
- das zuständige Regionale Bildungs- und Beratungszentrum (ReBBZ) ggf. mit der Beratungsstelle Gewaltprävention
- die kooperierenden Träger
- das Landesinstitut für Lehrerbildung (LI)

Die konkrete Zusammensetzung der regionalen Kooperationen erfolgt entsprechend den Bedingungen vor Ort.

2. Zielgruppen

Die Angebote der regionalen Kooperationen richten sich an Schülerinnen und Schüler mit besonderes herausforderndem Verhalten, bei denen die jeweiligen Maßnahmen von Schule und Jugendhilfe zur Integration und Stabilisierung nicht ausreichen und eine Teilhabe am Unterricht gefährdet ist. Das Verhalten dieser Kinder und Jugendlichen ist in der Regel geprägt von gleichzeitigem Zusammentreffen von mehreren der folgenden Merkmale:

- Bindungsschwäche und Bindungslosigkeit
- einem zu wenig entwickelten Unrechtsbewusstsein und geringe Frustrationstoleranz
- starker Aggressivität gegen sich und/oder gegen andere
- mangelnden sozialen Kompetenzen in zwischenmenschlichen Beziehungen
- weitest gehendem Fehlen von Ausdauer und Geduld sowie hoher Ablenkungsbereitschaft
- Rückzugs- und Verweigerungstendenzen
- passiver und aktiver verfestigter Schulverweigerung.

3. Ziele

Gemeinsam verfolgen die Kooperationspartner das Ziel, allen Kindern und Jugendlichen eine erfolgreiche Teilhabe am schulischen Leben zu ermöglichen, eine stabile schulische Integration sowie den bestmöglichen Schulabschluss und eine gute Anschlussfähigkeit zu sichern sowie Ausgrenzung, wiederholte Schulwechsel und Schulpflichtverletzungen und letztlich Delinquenz zu verhindern.

Strukturbezogene Ziele:

- Verbleib der Lernenden im schulischen System
- sozialräumliche Integration in die bestehenden Unterstützungs- und Freizeitangebote
- Vernetzung vorhandener Helfersysteme und Nutzung von Synergien bei den unterschiedlichen Förderangeboten

Personenbezogene Ziele

- Stärkung des Selbstbewusstseins und Steigerung der sozialen Kompetenzen
- Steigerung der schulischen Lern- und Leistungsbereitschaft
- Stärkung der Familie und Förderung der Erziehungskompetenzen
- Stärkung der Selbst- und Fremdwahrnehmung und Aufbau eines positiven Selbstbildes

4. Zugänge

Für die Familien und deren Kinder und Jugendlichen mit besonders herausforderndem Verhalten erfolgt der Zugang in das regionale Kooperationsangebot, nachdem die schulinternen Maßnahmen, die Bildungs- und Beratungsangebote der ReBBZ sowie die Angebote der Familienförderung, der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Kindertagesbetreuung nicht zu einer Stabilisierung der Schulsituation geführt haben. Das bedeutet, dass die Teilhabe dieser Schülerinnen und Schüler am schulischen Leben ohne ein zusätzliches Angebot (z.B. ein in die Schule integriertes, individualisiertes Unterstützungsangebot oder ein temporäres, schulersetzendes Lerngruppenangebot an einem ReBBZ) nicht mehr gewährleistet werden kann.

Der Zugang erfolgt in der Regel über zwei Wege:

Über die ReBBZ: Die Schule meldet ein Kind bzw. einen Jugendlichen mit besonders herausforderndem sozialem Verhalten beim zuständigen ReBBZ oder bei der Beratungsstelle Gewaltprävention an. Das ReBBZ berät je nach Bedarf die Schule und die Eltern und begleitet die Schülerin bzw. den Schüler. Reicht die Unterstützung durch das ReBBZ nicht aus, schaltet es unter Beteiligung der Eltern den ASD ein. Liegen aus der Sicht der Schule oder des ReBBZ Hinweise auf eine Kindeswohlgefährdung vor, erfolgt eine Information an den ASD auch ohne Zustimmung der Sorgeberechtigten.

Über die Fachämter der Jugend- und Familienhilfe/Jugendämter: Fallzuständige Fachkräfte im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) der Fachämter der Jugend- und Familienhilfe oder im Familien Interventionsteam (FIT) wenden sich an das ReBBZ, wenn in einer Familie massive Schulprobleme ihrer Kinder bzw. Jugendlichen mit extremen häuslich-familiären Problemen zusammentreffen. Die Entscheidung, welche Kinder und Jugendlichen in das Kooperationsprojekt aufgenommen werden, treffen das zuständige ReBBZ und die zuständige ASD-Abteilung bzw. das FIT in fallbezogenen gemeinsamen Konferenzen. Bei der Entscheidungsfindung sind die im Einzelfall beteiligten Schulen sowie die mit der Umsetzung der Maßnahmen beauftragten Träger der Jugendhilfe mit einzubeziehen.

5. Arbeitsweisen in der Kooperation

Die Basis für gemeinsames Handeln ist die Grundhaltung, dass Kinder und Jugendliche in ihrer Schule und in ihren Unterrichtsfächern gehalten werden können und dass die Zusammenarbeit auf Augenhöhe, mit Respekt vor den jeweils anderen Professionen und in gemeinsamer Ausgestaltung und Verantwortung erfolgt.

Im Fokus steht dabei die individuelle Förder- und Hilfeplanung, die gemeinsam von allen Kooperationsbeteiligten erarbeitet und getragen wird. Das bedeutet, die sonderpädagogische Diagnostik und Förderplanung der ReBBZ sowie die Sozialpädagogische Diagnostik und Hilfeplanung des ASD werden miteinander verzahnt und unter der Beteiligung der kooperierenden Träger sowie der Eltern und Kinder bzw. Jugendlichen umgesetzt.

Die Kooperationspartner sorgen für strukturierte, verlässliche Angebote während des gesamten Schultages.

Die Schülerinnen und Schüler verbleiben grundsätzlich in ihren Lerngruppen oder kehren entsprechend der individuellen Förder- und Hilfeplanung nach einer temporären, befristeten und intensiven Stabilisierungsphase dorthin zurück. Ein besonderer Schwerpunkt der Kooperationsangebote ist die gemeinsame, auf Vertrauen basierende Begleitung der Eltern. Die

Elternarbeit erfolgt nach dem systemischen Ansatz. Sie ist auf die Beteiligung der Eltern ausgerichtet und hat verbindlichen Charakter. Eine so konzipierte Elternarbeit bietet die Chance, die Eltern zu entlasten und sie als Unterstützer und Bündnispartner für ihre Kinder zu gewinnen, Schule und Jugendhilfe als Partner und Unterstützer zu erleben und sich über die Erfolge ihrer Kinder zu freuen. Bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung greifen für die Zusammenarbeit mit den Eltern die gesetzlichen Vorgaben des SGB VIII und die Hamburger Regelungen für die Jugendämter.

Grundsätzlich sind folgende Arbeitsweisen erforderlich:

- a. Gemeinsamen Anregung und Planung von Projekten und Vorhaben in sozialräumlichen Netzwerken
- b. gemeinsam von Schule und Jugendhilfe realisierte Rhythmisierungsangebote für die in besonderer Weise verhaltensauffälligen Kinder und Jugendlichen, bei denen sich Unterricht in ihrer Lerngruppe in sinnvoller Weise abwechselt mit alternativen und ausgewogenen individuellen Angeboten
- c. Sicherstellung der Begleitung im Unterricht sowie der Unterstützung und Förderung in den Zwischenphasen durch qualifiziertes Personal. Schaffung von Räumlichkeiten auf dem Schulgelände, in denen die Kinder und Jugendlichen auch dann, wenn sie sich zwischenzeitlich nicht in ihrer Lerngruppe befinden, gut gefördert werden, sich aber auch zurückziehen und erholen können.

6. Aufgaben und Leistungen der Kooperationspartner

6.1 Leistung von Schule, ReBBZ und der Jugendhilfe in der Kooperation

Sind die von Schule und ReBBZ durchgeführten Maßnahmen zur Integration und Stabilisierung der Schülerin oder des Schülers nicht ausreichend und ist die Teilhabe am Unterricht weiterhin gefährdet, wird für die Kooperation vom ReBBZ und der Schule dargelegt, warum die Teilhabe am Unterricht und am Schulleben ohne eine zusätzliche Maßnahme derzeit nicht möglich oder erheblich beeinträchtigt ist und welche vorausgehenden Maßnahmen bereits erfolglos ergriffen worden sind.

Die Schule und das ReBBZ stellen folgende Unterlagen zur Verfügung:

- Darstellung der vorrangig ergriffenen schulinternen und kooperativen Maßnahmen
- Zustimmung der Sorgeberechtigten zur Kontaktaufnahme zum ASD
- Schweigepflichtentbindung gegenüber fachkundigen Stellen
- Wesentliche Informationen aus dem Schülerbogen
- Ggf. bereits vorhandene sonderpädagogische und weitere Gutachten und Förderpläne

Neben der die sonderpädagogische Diagnostik ergänzenden sozialpädagogischen Diagnostik und der Problem- und Ressourcenanalyse erfolgt eine gemeinsame Fallbesprechung sowie die gemeinsame Hilfe- und Förderplanung mit breiter Erörterung der möglichen und notwendigen Maßnahmen für den Einzelfall.

Nach Vorliegen aller Informationen entscheiden die zuständigen Fachkräfte des ASD/FIT und des ReBBZ unter Einbeziehung der Eltern sowie der Kinder und Jugendlichen (vgl. Punkt 4 dieser Vereinbarung) über die Aufnahme in das Kooperationsangebot.

Die Leistungen der Jugendhilfe (Jugendamt und Träger) sind im Einzelnen:

- Das zuständige Jugendamt und das zuständige ReBBZ bereiten als Tandem eine regionale Kooperation Schule – Jugendhilfe vor. Dabei werden die sozialräumlichen Angebote und Institutionen sowie die Anzahl der zu versorgenden Einzelfälle berücksichtigt. Auf der Grundlage einer Situationsanalyse initiiert und fördert das Jugendamt Kooperationsangebote auf Jugendhilfeseite und führt ggf. Interessenbekundungsverfahren durch.²
- Steuerung der Zugänge der Kinder und Jugendlichen zu den Kooperationsangeboten unter Einbeziehung der Projekte zur Sozialräumlichen Angebotsentwicklung bzw. der Sozialräumlichen Angebote und Hilfen und der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienförderung.
- Sozialpädagogische Diagnostik
- Die Problem- und Ressourcenanalyse der Familie auf der Grundlage der sozialpädagogischen Diagnose
- Entwicklung einer gemeinsamen Hilfe- und Förderplanung auf der Grundlage des Diagnoseprozesses
- Beteiligung der Fachkräfte des ReBBZ, ggf. der Beratungsstelle Gewaltprävention, der Lehrkräfte der Schulen, der Fachkräfte der Schulsozialarbeit und der Träger als Beitrag für ein gemeinsames Fallverstehen
- Entwicklung von Angeboten zur Unterstützung von Einzel- und Gruppenarbeit für Kinder und Jugendliche sowie für die Eltern möglichst unter dem Dach von Schulen.

Zur Umsetzung konkreter Angebote (Einzel- und Gruppenangebote), werden Träger der Jugendhilfe in die regionale Kooperation mit einbezogen. In enger Kooperation von Schule, Jugendamt und Träger wird eine qualifizierte schulische Ganztagsbetreuung (bis 16 Uhr) umgesetzt. Die gemeinsame Verantwortung für den Bildungs- und Entwicklungsprozess der betreuten Kinder und Jugendlichen wird den gesamten Tag über in Kooperation und eng aufeinander abgestimmt in der Schule wahrgenommen.

Die Träger der Jugendhilfe erhalten den Auftrag individuelle Hilfen und Unterstützungsangebote auf der Grundlage der gemeinsamen Förder- und Hilfeplanung zu entwickeln und umzusetzen. Sie übernehmen in Abstimmung mit den Kooperationspartnern die Fallarbeit und die Koordinierung sämtlicher Angebote.

Zur Stabilisierung und Überwindung kritischer Schulsituationen können Kinder und Jugendliche in einer flexiblen, temporären Lerngruppe der regionalen Kooperation Hilfe und Förderung erhalten.³ Sie sollen den Schülerinnen und Schülern ein überschaubares soziales Lernfeld bieten, das motivierende und stabilisierende Wirkungen auf die angespannten Situatio-

² Siehe Interessenbekundungsverfahren zur Vergabe einer Zuwendung für eine regionale Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe.

³ Beschulungsangebote für Kinder und Jugendliche mit besonders herausforderndem Verhalten erfolgen stets im Zusammenwirken des Bildungs- und des Beratungsbereichs eines ReBBZ, mit den allgemeinbildenden Schulen sowie mit der Jugendhilfe im Bezirk. Sie sind zeitlich begrenzt, räumlich möglichst an eine allgemeinbildende Schule angebunden und zielen immer auf die Reintegration in eine Regelklasse. Der Prozess der Reintegration wird dabei individuell und flexibel gestaltet. Zu den Arbeitsbereichen der temporären Lerngruppen gehören neben dem Unterricht und der Arbeit am Sozialverhalten der Kinder und Jugendlichen stets eine intensive Elternarbeit sowie die Einbeziehung sozialräumlicher Angebote.

nen und Beziehungen entfalten kann. Die Standards für die Arbeit in diesen Lerngruppen werden gemeinsam entwickelt. Hierzu gehören insbesondere:

- die vorrangige Anbindung einer solchen Lerngruppe an eine Regelschule oder ein ReBBZ
- die Ausrichtung an der Reintegration der Schülerin oder des Schülers
- die verpflichtende begleitende Elternarbeit.

Die sozialpädagogischen Fachkräfte der Träger haben die Aufgabe, mit den Lehrkräften der Schulen eng zusammenzuarbeiten. Gemeinsames Ziel ist, dass die Kinder und Jugendlichen an ihrer Schule bleiben und zum Schulbesuch motiviert werden. Darüber hinaus haben die sozialpädagogischen Fachkräfte an der Schnittstelle zwischen den Systemen Jugendhilfe und Schule eine wichtige integrierende Funktion. Sie sind Ansprechpersonen für die Schule und halten den Kontakt zwischen den beteiligten Kooperationspartnern aufrecht. In diesem Zusammenhang wirken sie z.B. auch bei der Erörterung mit, an welchen schulischen Angeboten die Kinder und Jugendlichen ohne und mit Unterstützungsleistungen durch die Jugendhilfe teilnehmen können, z.B. durch die Begleitung im Unterricht.

Intensive Elternarbeit

Parallel zu den individuellen Hilfe- und Förderangeboten für die Kinder und Jugendlichen erfolgt eine zwischen allen Kooperationsbeteiligten abgestimmte intensive Elternarbeit, über die die Eltern möglichst aktiv in die schulische Förderung ihrer Kinder mit einbezogen werden. Gleichzeitig sollen die Erziehungskompetenzen der Eltern hergestellt oder wieder hergestellt werden. Bei Schulpflichtverletzungen werden die Eltern direkt und unmittelbar hinzugezogen.

Die Elternarbeit erfolgt

- in der offenen Sprechstunde,
- gemäß Vereinbarung mit den an der Kooperation beteiligten Fach- und Lehrkräften,
- ggf. durch Hausbesuche und
- in Einzelgesprächen sowohl mit einigen Familienangehörigen als auch mit der gesamten Familie.

Folgende Prinzipien des fachlichen Handelns liegen der Elternarbeit zu Grunde

- Förderung der Kooperation der Familien von Beginn an
- Größtmögliche Akzeptanz der Autonomie der Familien - die Eltern sind Experten ihrer Kinder und ihrer familiären Themen
- Sichtweise der Familie als Ganzheit, deren Beziehungen sich nach spezifischen Regeln gestalten (systemische Sichtweise)
- Orientierung auf die ggf. durch Krisen und Belastungen überlagerten Fähigkeiten der Familien im Rahmen ressourcenorientierter Arbeit (Empowerment).

Bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung greifen für die Zusammenarbeit mit den Eltern die gesetzlichen Vorgaben des SGB VIII und die Hamburger Regelungen für die Jugendämter.

6.2 Leistung der Schule

Bevor die beschriebene Kooperation stattfinden kann, sind in der Schule und in Zusammenarbeit von ReBBZ und Schule bereits konkreten Hilfen für das Kind, die Jugendlichen erfolgt sowie die im Folgenden beschriebenen Maßnahmen eingeleitet worden.

Zu den Leistungen im Vorfeld gehören im Einzelnen

- Klärung möglicher Ursachen für das besonders herausfordernde Verhalten
- die Zusammenarbeit mit den Sorgeberechtigten und ihr Einbezug in diesen Klärungsprozess
- die Qualifizierung der mit der Schülerin oder dem Schüler arbeitenden pädagogischen Fachkräfte durch gezielte Fortbildungsmaßnahmen und Hospitationen
- Einüben von Rücksichtnahme und gegenseitiger Unterstützung, Entwicklung und Anwendung von Deeskalationsmöglichkeiten sowie Konfliktvermeidungsstrategien als Unterrichtsangebote
- eine Diagnostik im Hinblick auf sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung und die Nutzung der Ergebnisse dieser Diagnostik in der Förderplanung
- der Aufbau einer verlässlichen Beziehung zu mindestens einem Erwachsenen in der Schule
- die pädagogischen Rhythmisierung des Schulalltags
- das Einrichten von Rückzugsmöglichkeiten mit möglichst dauerhaft verlässlichen Ansprechpersonen.
- ein frühzeitiges, abgestimmtes Handeln bei ersten Hinweisen auf Schulpflichtverletzungen
- die Einbeziehung der ReBBZ.

6.3 Leistung von Schule gemeinsam mit dem ReBBZ

Im Vorfeld gehören dazu im Einzelnen:

- gemeinsame Diagnostik , Beratung und Unterstützung bezüglich der schulischen sowie häuslichen Situation
- Konfliktmoderation und Krisenintervention
- psychologische, sozialpädagogische, pädagogische und sonderpädagogische sowie physio- und ergotherapeutische Diagnostik (Gutachten sowie Entwicklungs-, Hilfe- und Förderplanung)
- Hilfe bei der Umsetzung der Förderplanung
- Case-Management in enger Kooperation mit der Jugendhilfe und weiteren Partnern im Sozialraum
- Unterstützung bei sich verfestigenden Schulpflichtverletzungen
- bedarfsgerechtes Einbeziehen der Partner aus der Jugendhilfe (z.B. bei einer vorübergehenden schulersetzenen Betreuung in Ausnahmefällen zur akuten Krisenintervention).

6.4 Fortbildung und Supervision

Die an der Kooperation beteiligten Personen aus Schule und Jugendhilfe nehmen regelmäßig gemeinsam an Fortbildungsmaßnahmen teil. Außerdem werden den Fach- und Lehrkräften vor Ort zur gemeinsamen Fallreflexion Supervision und Praxisberatungen ermöglicht.

6.5 Konfliktmoderation

In Fällen, in denen zwischen den Kooperationspartnern keine Einigung hinsichtlich des zusätzlichen Unterstützungsbedarfs erzielt werden kann, erfolgt eine Moderation und gegebenenfalls eine Kompromissuche durch die jeweils nächste Hierarchieebene.

7. Organisation und Finanzierung

Auf Basis der zuvor beschriebenen inhaltlichen Voraussetzungen werden regionale Kooperationsangebote eingerichtet, die je nach Anzahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler einen Schulstandort oder mehrere Schulstandorte umfassen. Abhängig von der Problemlage der Schülerinnen und Schüler sind unterschiedliche Modelle von Unterstützungsangeboten mit je eigenen Finanzierungsmodalitäten möglich. Die Modelle können auch regional nebeneinander eingerichtet werden. Damit soll ein flexibler Wechsel zwischen den Angeboten ermöglicht werden.

Zur Finanzierung werden die vorhandenen Regelressourcen einerseits der Schulen und ReBBZ und andererseits der Jugendhilfe nach Maßgabe der folgenden Darstellung eingesetzt. Die Finanzierung erfolgt grundsätzlich zu gleichen Anteilen und es werden die spezifischen Gegebenheiten der Region auch in der Finanzierung der Angebote mit berücksichtigt. Im Folgenden werden zwei unterschiedliche Modelle dargestellt:

7.1 Integriertes und individualisiertes Unterstützungsangebot in einer Schule

Ein in die Regelschule integriertes und individualisiertes Unterstützungsangebot für eine Anzahl von 8-10 Kinder oder Jugendliche und ihren Familien wird von einem multi-professionellen und multi-institutionell zusammengesetzten Team durchgeführt. Die jungen Menschen werden ganztägig durch einen strukturierten Tagesablauf von Sozialpädagogen und Schulpädagogen/Erziehern in der Schule durch Unterricht und ein individuelles, flexibles und kombiniertes Unterstützungsprogramm gefördert, mit dem auf eine sowohl zügige als auch nachhaltige Integration in den normalen Schulalltag hingewirkt werden soll. Für die Ferienzeit ist ein gesondertes Konzept vorzusehen.

Für eine solche Projekteinheit sollen jeweils 1,5 Stellen Sozialpädagogik von der Jugendhilfe und von der/den beteiligten Schule/n (davon je 0,75 Stelle im Unterstützungsteam und 0,75 im Regelunterricht) sowie 1/8 Stelle aus dem Beratungsteil des zuständigen ReBBZ für die operative Arbeit im Projekt finanziert bzw. zur Verfügung gestellt werden. Das Schulwesen stellt die Räumlichkeiten und ggfs. Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Die Jugendhilfe finanziert zusätzlich Overheadkosten des Trägers sowie projektbezogene Sachkosten einschließlich eines pädagogischen Budgets.

Die BASFI geht davon aus, dass je Projekteinheit jährlich rund 95.000 € aus den Ressourcen der Erziehungshilfen zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt können Projekte für ca. 300 Kinder und Jugendliche eingerichtet werden.

7.2 Temporäre Lerngruppen außerhalb des regulären Schulbetriebes

Für Schüler/innen, die mit einem in die Schule integrierten Angebot nicht erreicht werden können oder deren Beschulung und Betreuung in einem integrierten Projekt gescheitert ist, können temporäre Lerngruppen außerhalb des regulären Schulbetriebes bei den ReBBZ eingerichtet werden.

Eine temporäre Lerngruppe soll in der Regel für 6 Kinder und Jugendliche aus einer oder aus mehreren Schulen durch ein multi-professionelles und multi-institutionelles Team für maximal ein Jahr angeboten werden. Im Anschluss werden diese Kinder für maximal ein weiteres Jahr in der allgemeinen Schule zur (Re-)Integration betreut und unterrichtet. Parallel findet auch hier eine intensive Elternarbeit statt. Hierfür werden 1,75 Stellen für die sozialpä-

dagogische Betreuung (Finanzierung durch die Jugendhilfe) und 1,5 Stellen Schulpädagogik/Psychologe/in für das erste Jahr zur Verfügung gestellt. Für das zweite Jahr werden 0,5 Stellen Sozialpädagogen (Finanzierung durch die Jugendhilfe) und 0,5 Schulpädagogen/Psychologe/in (0, 25 ReBBZ; 0,25 Schule) benötigt. Auch in diesem Unterstützungsangebot finanziert die Jugendhilfe zusätzlich Overheadkosten des Trägers sowie projektbezogene Sachkosten einschließlich eines pädagogischen Budgets.

Die BASFI geht davon aus, dass auch hier je Projekteinheit jährlich rund 140.000 € aus den Ressourcen der Erziehungshilfen zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt können Projekte für ca. 100 Kinder und Jugendliche eingerichtet werden.

Die Finanzierung von Supervision und Praxisberatung wird in den Finanzierungsmodellen bedarfsgerecht berücksichtigt. Außerdem können in Einzelfällen auch über die Fortbildungseinrichtungen der BASFI und der BSB Praxisberatung und Fortbildungsangebote finanziert werden.

7.3 Umsetzung in der Jugendhilfe

Die einzelnen Projekte werden zwischen den Bezirksämtern und den ReBBZ unter Beteiligung der betreffenden Schulen und ggfs. der Schulaufsicht vereinbart. Die Bezirksämter melden die Projekte bei der BASFI zur Genehmigung an. Die Finanzierung erfolgt aus den Mitteln für Sozialräumliche Hilfen und Angebote; sie werden um die jeweils erforderlichen Beträge durch Umschichtung aus dem Haushaltsansatz für Hilfen zur Erziehung aufgestockt.

7.4 Umsetzung im Schulwesen

Sind mehrere Schulen in einem Projekt beteiligt, sollte jede Schule einen Beitrag über einen Einsatz von Wochenarbeitszeitstunden (WAZ) leisten.

8. Dokumentation und Evaluation

Erfolgskriterien

- Teilnahme an den Kooperationsangeboten und an den Regelunterrichtsangeboten der Schülerinnen und Schüler gemäß Förder- und Hilfeplanung
- schulische Stabilisierung der Kinder und Jugendlichen gemäß Förder- und Hilfeplanung (Meilensteine)
- aktive verbindliche Mitarbeit der Eltern gemäß Absprachen

Berichtswesen / Dokumentation

Der Jugendhilfeträger verfasst am Ende eines Schuljahres einen Sachbericht über die Kooperation. Neben der Erfassung und Auswertung personeller und soziodemografischer Daten der teilnehmenden jungen Menschen werden auch die Erfolgskriterien und Unterstützungsleistungen erfasst und bewertet.

- Anzahl und Jahrgang der Kinder und Jugendlichen im Schuljahr, davon Mädchen und Jungen, mit und ohne Migrationshintergrund
- Zugänge zum Projekt – durch ReBBZ, durch den ASD, durch das FIT
- Schulform (Grundschule, Stadtteilschule, Gymnasium etc. unter Berücksichtigung des Bildungszieles)

- Problemkennzeichen aus einer vorgegebenen Liste und Auswertung
- Beendigung: erfolgreiche Beendigung, Abbruch, sonstige Beendigung (Umzug, stationäre Unterbringung außerhalb der Region, Schulwechsel etc.)
- Gründe für die Abbrüche und Lösungsansätze
- Dauer der Förderung pro Kind oder Jugendlichen bis Beendigung -angegeben nach Alter und Geschlecht und Schulform

Nach Auswertung der Berichte der Jugendhilfeträger erfolgt einmal jährlich ein Monitoring durch eine Steuerungsgruppe bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASFI, der Bezirke und der BSB. Hier werden die Qualität der Abläufe zwischen den beteiligten Institutionen sowie die quantitative Entwicklung der Maßnahmen analysiert und gegebenenfalls Nachsteuerungen vorgenommen.

9. Gültigkeit

Die Rahmenvereinbarung tritt am 01.02.2013 in Kraft.

Sie verlängert sich automatisch um ein Schuljahr, wenn nichts anderes von einem der Kooperationspartner erklärt wird.

Norbert Rosenboom
Leiter des Amtes für Bildung
BSB

Uwe Riez
Leiter des Amtes für Familie
BASFI

Andy Grote
Bezirksamtsleiter HH Mitte

Thomas Ritzenhoff
Bezirksamtsleiter Wandsbek

Jürgen Warmke-Rose
Bezirksamtsleiter Altona

Arne Dornquast
Bezirksamtsleiter Bergedorf

Thomas Völsch
Bezirksamtsleiter Harburg

Harald Rösler
Bezirksamtsleiter HH-Nord

Dr. Thorsten Sevecke
Bezirksamtsleiter Eimsbüttel